

Stellvertretende, stimmberechtigte Mitglieder

Frau Monika Bröhl	CDU
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Jörg Uckermann	Pro Köln (bis 09:30 Uhr, in Vertr. für Frau Salis)
---------------------	----------------------------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Zeynep Alraqeb	SPD
Herr Biber Happe	FDP
Herr Paul Spörl	FDP (bis 09:10 Uhr)

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Thomas Haas	entsandt von der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender
------------------	---------------------------------------------------------------------------

Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe mit beratender Stimme

Herr Ulrich Bergmann	Deutscher Kinderschutzbund
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Almut Gross	Jugendhilfe Köln e.V.
Herr Andreas Hildebrand	Kath. Jugendwerke e.V.
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz	Kölner Spielewerkstatt e.V. (in Vertretung für Theaterpädagogisches Zentrum)
Frau Monika Reisinger	Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS)
Herr Hans-Josef Saxler	Soziales Zentrum Lino-Club e.V.
Herr Uwe Schäfer-Remmele	Theaterpädagogisches Zentrum e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.

Frau Carmen Wöhler Verein zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Teilleistungsstörungen e.V. (MCD / HKS)

Herr Dr. Wolfgang Zschke Jugendhilfe und Schule e.V. (Nippes Museum)

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein Dezernentin

Frau Carolin Krause Leiterin des Amtes für Kinder, Jugend u. Familie

Pflichtmitglieder mit beratender Stimme

Frau Dr. Juliane Arnold Ev. Kirchengemeinde

Herr Pfarrer Werner Völker Ev. Kirchengemeinde

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlten:

Frau Waltraud Blümcke SPD

Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz

Zur Eröffnung der Sondersitzung begrüßt Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen alle Mitglieder, die Besucher und die Presse.

Mit dem vorgegebenen Text verpflichtet er als neues Ausschussmitglied:

- Herrn Michael van Dawen (SJD Die Falken).

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass es zu der Beschlussvorlage 0735/2013 („Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017“) **keine Vorberatungen in anderen Gremien** gegeben hat.

Als **Tischvorlage** liegen aus:

- | | |
|----------------------------|--------------------------------------|
| • TOP 6.1 (0735/2013) | <i>Beschlussvorlage</i> |
| • TOP 6.1.1 (AN/0485/2013) | <i>Änderungs- bzw. Zusatzantrag</i> |
| • TOP 6.1.2 (AN/0487/2013) | <i>Änderungs- bzw. Zusatzantrag</i> |
| • TOP 6.1.3 (AN/0504/2013) | <i>Änderungs- bzw. Zusatzantrag.</i> |

Im Nachgang zur ursprünglich versandten Einladung bittet Herr Dr. Heinen, noch folgende Punkte in die Tagesordnung aufzunehmen:

- TOP 6.1.1 (AN/0485/2013)
- TOP 6.1.2 (AN/0487/2013)
- TOP 6.1.3 (AN/0504/2013).

Der Jugendhilfeausschuss erklärt sich einstimmig hiermit einverstanden.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen**
- 3 Mitteilungen**
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 4.1 Frühere Anträge
 - 4.2 Neue Anträge
- 5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
 - 5.1 Frühere Anfragen
 - 5.2 Neue Anfragen
- 6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
 - 6.1 Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017
0735/2013
 - 6.1.1 Änderungs-bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion: Änderungsantrag zur Vorlage 0735/2013 - Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017 - in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. 04. 2013
AN/0485/2013

6.1.2 Änderungs-bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.: Änderungsantrag zum TOP 6.1 - Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14
AN/0487/2013

6.1.3 Gemeinsamer Änderungs- bzw. Zusatzantrag von SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen: zu TOP 6.1 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12.04.2013 (Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014)
AN/0504/2013

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

9 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1.1 Benennung der Stimmzähler

Als Stimmzähler werden für diese Sitzung Frau Sylvia Laufenberg, Frau Gonca Mucuk und Herr Dr. Helge Schlieben benannt.

1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

1.3 Gleichstellungsrelevante Themen

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

2 Beantwortung von Anfragen

Für diese Sitzung wurden keine Anfragen oder deren Beantwortungen angesetzt.

3 Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen zum Thema der Sondersitzung vor.

4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

4.1 Frühere Anträge

Frühere Anträge sind nicht vorhanden.

4.2 Neue Anträge

Neue Anträge wurden im Vorfeld der Sitzung nicht gestellt.

5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

5.1 Frühere Anfragen

5.2 Neue Anfragen

Zum Thema der Sondersitzung liegen keine früheren oder neuen Anfragen vor.

6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

6.1 Beratung des Entwurfs für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der Finanzplanung bis 2017 0735/2013

Herr Dr. Heinen leitet die Diskussion zur vorliegenden Beschlussvorlage über den Haushalt mit dem Hinweis ein, dass in Anlage 4 der Vorlage die Anregung der Bezirksvertretung Nippes vergessen worden sei. Zusammengefasst habe diese zum Inhalt gehabt, dass eine Kürzung der Mittel für die Übermittagsbetreuung (ÜMI) von dort abgelehnt werde.

Die Verwaltung sagt zu, die fehlende Anregung als Anlage zur Niederschrift nachzureichen.

Herr Uckermann schlägt vor, jeder Fraktion eine einmalige, dafür verlängerte Redezeit einzuräumen, um die Beratung effizienter zu gestalten.

Herr Dr. Heinen entscheidet sich dafür, jedem Mitglied das Wort an den Stellen zu erteilen, an denen es Fragen oder Diskussionsbedarf gibt. Wie detailliert abgestimmt werden müsse, werde sich im Laufe der Beratungen herauskristalisieren.

Er gibt die allgemeine Einschätzung der SPD-Fraktion wieder, wonach es große Überschneidungen zwischen dem vorliegenden Teilplan (Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) und dem Teilplan für den Schulsektor gebe. Das Einsparvolumen von 70 Millionen Euro ergebe sich dabei nicht nur aus Kostenreduzierungen, sondern auch aus Mehreinnahmen.

Nachdem der Haushaltsplanentwurf im Dezember bekannt gemacht worden war, seien heftige Diskussionen entflammt. Im Laufe dieser Diskussionen habe man feststellen können, dass es in bestimmten Punkten hohe Übereinstimmungen der Fraktionen gegeben habe. Insbesondere in den Bereichen Übermittagsbetreuung, offene Ganztagschule, Sozialraumkoordination und Globalmittel der Träger zeige sich eine ähnliche Positionierung aller Fraktionen.

Nun habe die Politik die Möglichkeit, solche Punkte mit gleicher Blickrichtung zu beschließen und damit der Verwaltung zu verdeutlichen, was genau sie an den Sparvorschlägen nicht mittrage.

Der gemeinsame Änderungsantrag von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen beinhalte ein Rücknahmevolumen von rund 4,4 Millionen Euro, was angesichts der von Dezernat IV angesetzten Spargröße von 23 Millionen Euro ein akzeptabler Preis sei, um die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendhilfe angemessen zu fördern. Die vorgeschlagenen Einsparungen können keinesfalls in vorgeschriebener Höhe toleriert werden, da hiervon „nicht besparbare“ Bereiche betroffen seien:

- In den Bereichen Sozialraumarbeit, Globalbezuschussung freier Träger, Übermittagsbetreuung und Kulturelle Bildung müssen geplante Kürzungen reduziert und Förderungen erhöht werden.

- Im offenen Ganzttag solle bis zur Bereitstellung der geplanten 1.500 Mehrplätze eine Übergangslösung für diejenigen angeboten werden, die im aktuellen Schuljahr nicht berücksichtigt werden konnten.
- Die Spielplatzsanierung müsse vorangetrieben werden.

Da es sich bei dem vorliegenden Antrag um ein gemeinsames Werk mit der koalierenden Partei Bündnis 90/ Die Grünen handelt, gibt Herr Dr. Heinen das Wort an **Frau Jahn** ab.

Sie sei sich der Schwierigkeit bewusst, vor dem Hintergrund von Doppelhaushalt und einem derart hohen Fehlbetrag von 300 Millionen Euro einen für alle Seiten zufriedenstellenden Vorschlag zu unterbreiten. Da der Vorschlag der Verwaltung aus politischer Sicht keinesfalls gebilligt werden könne, habe man nun einen Kompromissvorschlag vorbereitet, der die Kürzungen im Kinder- und Jugendbereich mäßige, die Deckungsvorschläge jedoch in anderen Bereichen ansetze (z.B. im Wege von Bußgelderhöhungen).

Frau Jahn plädiert dafür, die Zukunftsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe zu wahren, indem man

- die Sozialraumarbeit – wenn auch organisatorisch umstrukturiert und damit kostengünstiger – weiterführe,
- die Schulkinderbetreuung (ÜMI, OGTS) im Sinne einer Planungssicherheit für die Eltern noch mehr ausweitere, und
- weiterhin in attraktive, großflächige Spielplätze investiere.

Schmerzhaft sei in der Tat auch eine Kürzung der Globalzuschüsse um 50 %. Man dürfe jedoch nicht aus den Augen verlieren, dass gespart werden *müsse*, und eine Rücknahme des Sparzieles von 75 auf 50 % eine erheblich schwächere Belastung bedeute. Dabei müssen die Fehlbeträge je nach Leistungsfähigkeit unterschiedlich von den Trägern geschultert werden.

Auch halte der Vorschlag von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen immerhin noch 100.000 Euro Fördergelder für die kulturelle Bildung bereit, während der Verwaltungsvorschlag eine völlige Aussetzung dieser Förderung vorsehe.

Insgesamt habe man es mit diesem Änderungsvorschlag geschafft, trotz schwieriger Zeiten eine soziale Balance zwischen Investition und Sparzwang zu finden.

Herr Bergmann erkundigt sich nach dem in der Anlage ausgewiesenen Verschlechterungsbetrag in Höhe von 660.000 Euro für 2013, wo doch die Sozialraumprojekte bis einschließlich Dezember 2013 bewilligt seien. **Herr Dr. Heinen** bestätigt, dass es sich hierbei um einen Fehler handle und dieser Betrag zu streichen sei.

Dass angesichts eines Fehlbetrages von 300 Millionen Euro bei einer Gesamthaushaltssumme von 3,5 Milliarden Euro Sparmaßnahmen unbedingt notwendig seien, stehe außer Frage, so **Herr Dr. Schlieben**. Bei der Erstellung des Haushaltsplanentwurfs habe grundsätzlich der Mut gefehlt, Prioritäten zu setzen – auch an Stellen, an denen Widerstand zu erwarten sei.

Die Grundausrichtung des Haushaltes stimme nicht, und die unverhältnismäßig starke Kürzung im Bereich des Dezernates IV stelle eine soziale Schiefelage dar: niemand könne ernsthaft einem Haushaltsplan zustimmen, aufgrund dessen Mittagessen für

sozialschwache Kinder gestrichen werden sollen, während Gelder für den kostenintensiven Neubau eines Museums vorgehalten werden.

In dem Änderungsantrag der CDU-Fraktion habe man sich exemplarisch auf vereinzelte Punkte des Haushaltsplanentwurfs konzentriert, und diese im Gegenzug durch einen intelligenten Finanzierungsvorschlag verifiziert.

Herr Dr. Schlieben wirbt um Zustimmung für die Alternativvorschläge der CDU-Fraktion, beispielsweise die *vollständige* Rücknahme der ÜMI-Mittel-Einsparungen. SPD und Bündnis 90/ Die Grünen nehmen die vorgesehenen Kürzungen nur teilweise zurück, was in seinen Augen halbherzig sei.

Darüber hinaus wünscht sich Herr Dr. Schlieben Unterstützung darin, die Verwaltung zu einer Bedarfsfeststellung der OGTS-Plätze zu bewegen, damit beurteilt werden könne, inwieweit die geplante Aufstockung um 1.500 Plätze überhaupt angemessen sei.

Frau Dr. Butterwegge bringt ebenfalls ihre Ablehnung des Haushaltsplanentwurfes zum Ausdruck, weil dieser mit einer Politik des sozialen Kahlschlages einhergehe. Angebote der Kinder- und Jugendhilfe müssen unter allen Umständen aufrecht erhalten werden, denn weitere Kürzungen rauben Chancen auf Teilhalbe in den Kernbereichen Freizeit, Sport, Musik und Kultur. Da Mittel des Bildungs- und Teilhabepaketes die zu befürchtenden Lücken dabei nicht schließen können, werden diese Kürzungen langfristig gesellschaftlich *mehr* Schaden anrichten, als die Einsparungen zur Zeit wert seien.

Die Schließung von Bürgerzentren, das Einstellen der Sozialraumförderung und immer weitergehende Standardreduzierungen und Pauschalkürzungen seien ein seit Jahren bekanntes, einschneidendes Problem, welches einer ohnehin sozial segregierten Stadt schweren Schaden zufüge.

Frau Dr. Butterwegge dankt allen, die hiergegen protestieren und schlägt im Gegenzug die gänzliche Rücknahme der vorgesehenen Kürzungen vor. Darüber hinaus solle das OGTS-Angebot noch stärker erweitert, Mitternachtssportprojekte fortgeführt und mehr Mittel in den U3-Ausbau investiert werden. Diesbezüglich empfehle sie, sich hinsichtlich der Betreuungsquote bereits jetzt auf 50 oder gar 60 % einzustellen.

Zur Refinanzierung sehe der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. unter Anderem die Einführung einer Millionärssteuer, die Anhebung der Gewerbesteuer und die personelle Aufstockung von Betriebsprüfern vor, was eine Entlastung von rund 23 Millionen Euro mit sich bringe. Sie freue sich, wenn diese Vorschläge die Zustimmung der anderen Ausschussmitglieder finden.

Herr Dr. Heinen sieht auch in den Ausführungen Frau Dr. Butterwegges eine große Schnittmenge zwischen den Bereichen Kinder- und Jugend, Schule und Soziales. Obwohl es immer Kürzungen geben werde, sei eine gemeinsame Schwerpunktsetzung wichtig.

Herr Uckermann schließt sich seinen Vorrednern an und wirft die Frage auf, worauf die enormen Einsparungen – sowohl für städtische, als auch freie Träger – eigentlich basieren.

Einrichtungen befinden sich in keinem guten Zustand, so dass an dieser Stelle insbesondere investive Maßnahmen notwendig seien. Dass unter Anderem solche Investitionen nicht getätigt werden, liege indirekt daran, dass der Haushalt dieses Jahr un-

gewöhnlich früh verabschiedet werde, noch dazu in Form eines Doppelhaushaltes. Hintergrund sei die bevorstehende Bundestagswahl, nach der sich die Finanzstruktur voraussichtlich verschlechtere.

Zu bedenken sei außerdem, dass in den vorliegenden Haushaltsplänen die Kosten der „U-Bahn-Katastrophe“ noch nicht berücksichtigt seien. So gebe es viele, unkalkulierte Pflichtausgaben, die noch nicht in die Haushaltsberechnungen aufgenommen worden seien. Er mahne daher zur Vorsicht bei der Beurteilung der dargestellten Zahlen.

Auch die FDP werde den gesamten Haushaltsplanentwurf ablehnen, erklärt **Frau Laufenberg**. Zwar sei sie erfreut über das einberufene Effizienzteam zur Bekämpfung der aktuellen Haushaltssituation, doch sei man noch weit davon entfernt, einen gemeinsamen Plan aller Fraktionen zu erarbeiten, der entsprechend Erfolg haben könne.

Es müsse unter anderem daran gearbeitet werden, dass die Planungssicherheit der Träger durch die Änderung von Mehrheitsverhältnissen nicht immer wieder gestört werde. Außerdem müsse die Sozialraumarbeit weiterhin zielführend gefördert werden.

Zum Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. bemerkt Frau Laufenberg, dass Einsparpotentiale gerade im steuerlichen Bereich *permanent* geprüft werden, und trotzdem weitere Kürzungen notwendig seien.

Aus dem Änderungsantrag von SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen begrüßt sie insbesondere den Vorschlag, das Projekt Rathausschule fortzuführen. Auch der weitere OGTS-Ausbau sei unterstützenswert, doch müsse zunächst dargelegt werden, wo die entsprechenden Deckungsbeträge erreicht werden.

Den im Änderungsantrag der CDU-Fraktion enthaltenen Vorschlag zur OGTS finde sie im Vergleich charmanter, wenn auch die Begründung nachgebessert werden müsse. Die darin zu lesende Passage zur Kindergartenbeitragsfreiheit sei jedoch inakzeptabel.

Grundsätzlich erhofft Frau Laufenberg sich für die Zukunft eine Intensivierung der gemeinsamen Arbeit der Fraktionen, sowie eine bessere zeitliche Planung, um eine tiefgreifende und fundierte Diskussion zu ermöglichen.

Ausschussvorsitzender **Herr Dr. Heinen** unterstützt diesen Wunsch, gerade aufgrund der bereits hervorgehobenen, gemeinsamen Laufrichtung in bestimmten Punkten.

Frau Blümel erklärt, dass die Wohlfahrtsverbände und freien Jugendhilfeträger wissen, wie schwer es gewesen sei, Einsparungen in Höhe von 4,4 Millionen Euro zurückzunehmen. Nichts desto trotz sei eine Kürzung der Globalmittel um 50 % - genauso wie die zuvor geplante Kürzung um 75 % - ein Stich ins Herz. Damit werde die Organisationsstruktur der Träger in ihren Grundfesten zerschlagen. Städtische Arbeitsfelder wie Schule, Kindergarten, Bildungsprogramme können trotz desolater Haushaltssituation gegebenenfalls noch gerettet werden, doch die so wichtige, begleitende Struktur werde zerstört.

Dem stimmt **Herr Krücker** zu. Auch er weist auf die bestehende, finanzielle und soziale Schieflage hin. Er erkenne an, dass die Regierung die Herausforderung annehme, effektiv und substantiell zu sparen. Doch steuere die Stadtverwaltung den daraus folgenden überproportionalen Belastungen nicht erkennbar entgegen.

Problematisch sei es außerdem, erst derart kurzfristig alle Informationen zu erhalten, die man benötige, um einen durchdachten Beschluss über die Änderungsanträge zu fassen. Daneben sei an vielen Stellen die Gegenfinanzierung von Kürzungsrücknahmen nicht klar herausgestellt, so dass ein Beschluss vielleicht negative Aspekte an anderer Stelle mit sich bringen könne, die ebenso nicht hinnehmbar seien.

Im OGTS- und ÜMI-Bereich bestehe eine hochgradig prekäre Finanzlage. Die freien Träger fordern dort seit Jahren eine Ausweitung der Mittel, um Qualitätsstandards halten und Tarifkostensteigerungen übernehmen zu können. Unverständlich sei in diesem Kontext, dass die 6-monatige Beitragsbefreiung über die Landesregelung hinaus nicht angegangen worden sei.

An allen Stellen seien die geplanten Kürzungen so vermindert worden, dass sie für die Betroffenen zumindest erträglich seien. Die Ausnahme stelle die Streichung von 50 % der Globalmittel dar, die nicht zu verkraften sei. Er appelliert an die Stadtverwaltung, auch im eigenen Interesse die Entscheidungen zu OGTS und Globalmittel zu korrigieren.

Herr Bergmann begrüßt ebenfalls die Verbesserungen gegenüber der ursprünglichen Planung. Dies spiegele wider, welchen Stellenwert die Kinder- und Jugendhilfe in der Stadtgesellschaft habe.

Die Sozialraumarbeit sei keinesfalls überfinanziert und müsse als erfolgreiches Konzept fortgesetzt bzw. weiterentwickelt werden, wenn auch Kürzungen unvermeidbar seien.

Ein Bedarf bestehe vorrangig im Bereich der bislang strukturell unterfinanzierten offenen Kinder- und Jugendarbeit.

Es müsse sichergestellt sein, dass finanzielle Einschnitte nicht nur bei freien Trägern, sondern auch (teil-) städtischen Einrichtungen zu spüren seien.

Die LIGA der Wohlfahrtsverbände - als Mitgestalterin der Stadtgesellschaft - sei in ihren Forderungen oftmals unbequem, doch sei dies notwendig, um Veränderungen zu erzielen. Aus diesem Grund wirft Herr Bergmann nochmals die These auf, dass die jetzige Sparpolitik als Infragestellung der Beziehung zwischen Verwaltung und freien Trägern zu verstehen sei.

Er warnt davor, dass beispielsweise Der Paritätische als Dachverband von über 220 Organisationen eine unentbehrliche Unterstützungsleistung in Jugendhilfeplanung und Kinder- & Jugendarbeit erbringe, die dann nicht weiter finanziert werden könne. Eine derart drastische Limitierung der Globalmittel sei ein Fehler. Jegliche Verminderung, wenn auch „nur“ um 50 %, sei nicht zu verkraften. Man müsse sich vor Augen führen, dass hiervon konkrete Angebote der freien Trägerlandschaft betroffen sein werden, wenn man „das goldene Eier legende Huhn schlachte, um Futter zu sparen“.

Herr Bergmann bittet die Ratsvertreter inständig, die beschriebenen, bevorstehenden Fehler abzuwenden.

Herr Kersjes würdigt nochmals die Rolle der freien Träger, die in der Vergangenheit viele Sparmaßnahmen konstruktiv abgefedert und mitgetragen haben. Vor diesem Hintergrund seien die neuen Einsparpläne ein schwer zu akzeptierender Schlag mit weitreichenden Konsequenzen: die Sozialraumarbeit beispielsweise sei ein Modellprojekt der LIGA, das es angesichts zu erwartender finanziellen Einbußen in seiner Art nicht noch einmal geben könne.

Von politischer Seite seien bereits einige richtige Schwerpunkte gesetzt worden. Den Kürzungen in der geplanten Dimension können nicht zugestimmt werden, wo hingegen der Notwendigkeit von Veränderungen ebenfalls nicht widersprochen werden könne. Aus diesem Grund werde er sich bei der Beschlussfassung enthalten.

Anmerkung:

Dieser Niederschrift werden als Anlagen beigefügt:

Anlage 1: die als Tischvorlage ausgeteilte Beschlussvorlage (TOP 6.1),

*Anlage 2: Beitrag der Bezirksvertretung Nippes ergänzend zu Anlage 4 der Beschlussvorlage (kommunalrechtlich **nicht** als Anregung/Mitwirkung zur Haushaltssatzung der BV im Rahmen des § 37 Abs. 4 GO NW zu werten)*

Anlage 3: der als Tischvorlage ausgeteilte Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion (TOP 6.1.1),

Anlage 4: der als Tischvorlage ausgeteilte Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke. (TOP 6.1.2)

Anlage 5: der als Tischvorlage ausgeteilte Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/ Die Grünen (TOP 6.1.3).

Beschlussfassung:

Zunächst stellt Ausschussvorsitzender Herr Dr. Heinen den **Änderungs- bzw. Zusatzantrag der Fraktion Die Linke.** zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

5 Enthaltungen: AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), Sportjugend (1), SKF (1)

8 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1)

2 Fürstimmen: Fraktion Die Linke. (1), SJD Die Falken (1)

Mehrheitlich **abgelehnt.**

Anschließend wird über den **Änderungs- bzw. Zusatzantrag der CDU-Fraktion** abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

2 Enthaltungen: AWO (1), Der Paritätische (1)

7 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1)

6 Fürstimmen: CDU-Fraktion (2), Caritasverband (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)

Mehrheitlich **abgelehnt.**

Über den **gemeinsamen Änderungsantrag von der SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen** wird Punkt für Punkt abgestimmt:

Punkt 1: „Ergänzungen zum Haushaltsplan gemäß Anlage“

Es wird vorgeschlagen, Punkt 1 in den detaillierten Teilbereichen zu beschließen, wie sie in der Antragsanlage aufgeführt sind. Aufgrund möglicher Befangenheit wären jedoch die stimmberechtigten Mitglieder, die von freien Trägern der Jugendhilfe entsandt wurden, von der Abstimmung auszuschließen. Da dies dazu führen würde, dass die freien Träger zu keinem der zehn Unterbereiche eine Stimme abgeben dürften, wird auf die aufgeschlüsselte Abstimmung verzichtet.

Abstimmungsergebnis:

3 Enthaltungen: Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1)
5 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Caritasverband (1), SKF (1),
7 Fürstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), SJD Die Falken (1),
Sportjugend (1)

Mehrheitlich **zugestimmt**.

Punkt 2: „Betreuungssituation offener Ganztage im Primarbereich“

Abstimmungsergebnis:

4 Enthaltungen: AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SKF (1)
3 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1),
8 Fürstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1),
SJD Die Falken (1), Sportjugend (1)

Mehrheitlich **zugestimmt**.

Punkt 3: „Spielplätze“

Abstimmungsergebnis:

5 Enthaltungen: AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SKF (1), Sportjugend (1),
3 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1)
7 Fürstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2), Fraktion Die Linke. (1)
SJD Die Falken (1)

Mehrheitlich **zugestimmt**.

Anschließend stellt Herr Dr. Heinen den gesamten Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

5 Enthaltungen: Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Der Paritätische (1), Sportjugend (1), SJD Die Falken (1)
5 Gegenstimmen: CDU-Fraktion (2), FDP-Fraktion (1), Caritasverband (1), SKF (1)
5 Fürstimmen: SPD-Fraktion (3), Bündnis 90/ Die Grünen (2)

Der Antrag gilt aufgrund Stimmgleichheit als **abgelehnt** (§ 50 I S. 2 GO NRW).

Nachdem über alle vorliegenden Änderungsanträge entschieden wurde, wird schließlich die ursprüngliche **Beschlussvorlage** der Stadtverwaltung (TOP 6.1) ohne Änderung abgestimmt:

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt die Anregungen der Bezirksvertretungen und die Voten der Bürgerschaft zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung zur Kenntnis. Er empfiehlt dem Rat die Annahme des von der Verwaltung durch die Veränderungsnachweise 1 und 2 fortgeschriebenen Entwurfes für den Doppelhaushalt 2013/2014 sowie der mittelfristigen Finanzplanung bis 2017 für den Bereich der Jugendhilfe.

Abstimmungsergebnis:

Keine Enthaltungen: -

15 Gegenstimmen: SPD-Fraktion (3), CDU-Fraktion (2), Bündnis 90/ Die Grünen (2), FDP-Fraktion (1), Fraktion Die Linke. (1), AWO (1), Caritasverband (1), Der Paritätische (1), SJD Die Falken (1), SKF (1), Sportjugend (1)

Keine Fürstimmen: -

Einstimmig **abgelehnt**.

Anmerkung: Die Anlagen 1 und 2 liegen der Niederschrift nicht nochmals bei.

7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

Es werden keine Empfehlungen an andere Ausschüsse oder Bezirksvertretungen ausgesprochen.

8 Ausschussempfehlungen an den Rat

Es werden keine Beschlussempfehlungen an den Rat gegeben.

9 Anfragen

Es werden keine Anfragen von den Ausschussmitgliedern gestellt.

gez. Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

gez. Petra Lohmann (Schriftführerin)